

Warum Russlands Intervention in der Ukraine völkerrechtlich legal ist

Bei der militärischen Intervention Russlands in seinem Nachbarland kann das Argument vorgebracht werden, dass Moskau von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch gemacht hat – denn der Konflikt mit der Ukraine brach nicht erst am 24. Februar dieses Jahres aus.

Analyse von Daniel Kovalik

Ich habe viele Jahre lang über das Verbot eines Angriffskrieges in der UN-Charta geforscht und viel darüber nachgedacht. Niemand kann ernsthaft bezweifeln, dass der Hauptzweck dieses Dokuments, das nach den Schrecken des Zweiten Weltkrieges entworfen und ratifiziert wurde, darin bestand – und weiterhin besteht –, Kriege zu verhindern und "den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten". Ein Satz, der ständig wiederholt wird.

Wie die Richter in den Nürnberger Prozessen zu Recht schlussfolgerten:

"Einen Angriffskrieg zu beginnen, ist nicht nur ein internationales Verbrechen. Es ist das höchste internationale Verbrechen, das sich von anderen Kriegsverbrechen nur dadurch unterscheidet, dass es das angehäuften Übel des Ganzen in sich trägt." Das heißt, Krieg ist das größte Verbrechen, weil all die Übel, die wir so verabscheuen – Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit usw. –, die schrecklichen Früchte des Baumes des Krieges sind.

In Anbetracht dessen habe ich mein ganzes Erwachsenenleben damit verbracht, mich gegen Krieg und ausländische Interventionen zu stellen.

Als US-Bürger hatte ich natürlich reichlich Gelegenheit dazu, da die USA – wie Martin Luther King einst sagte – "der größte Händler von Gewalt auf der Welt sind". In ähnlicher Weise erklärte Jimmy Carter kürzlich, dass die USA "die kriegsgerischste Nation in der Geschichte der Zivilisation" seien.

Das stimmt natürlich alles nachweislich. Allein zu meinen Lebzeiten haben die USA aggressive und nicht provozierte Kriege gegen Länder wie Vietnam, Grenada, Panama, das ehemalige Jugoslawien, den Irak (zweimal), Afghanistan, Libyen und Somalia geführt.

Why Russia's Intervention in Ukraine is Legal under International Law

Translated with www.deepl.com (free version)

In the case of Russia's military intervention in its neighboring country, the argument can be made that Moscow exercised its right to self-defense - because the conflict with Ukraine did not just break out on February 24 of this year.

I have spent many years researching and thinking a great deal about the UN Charter's prohibition of aggressive war. No one can seriously doubt that the primary purpose of this document, drafted and ratified after the horrors of World War II, was - and continues to be - to prevent wars and "maintain international peace and security." A phrase that is constantly repeated.

As the judges at the Nuremberg trials rightly concluded:

"To launch a war of aggression is not merely an international crime. It is the supreme international crime, differing from other war crimes only in that it carries within it the accumulated evil of the whole." That is, war is the greatest crime because all the evils we so abhor - genocide, crimes against humanity, etc. - are the terrible fruits of the tree of war.

In light of this, I have spent my entire adult life opposing war and foreign intervention.

As a U.S. citizen, of course, I have had ample opportunity to do so, since the U.S. is, as Martin Luther King once said, "the greatest merchant of violence in the world." Similarly, Jimmy Carter recently declared that the U.S. is "the most belligerent nation in the history of civilization."

This is all demonstrably true, of course. In my lifetime alone, the U.S. has waged aggressive and unprovoked wars against countries such as Vietnam, Grenada, Panama, the former Yugoslavia, Iraq (twice), Afghanistan, Libya, and Somalia.

Und dies berücksichtigt nicht einmal die zahlreichen Kriege, die von den USA über Stellvertreter geführt wurden, zum Beispiel jene durch die Contras in Nicaragua, durch verschiedene dschihadistische Gruppen in Syrien und durch Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate im derzeit laufenden Krieg gegen den Jemen.

Durch diese Kriege haben die USA in der Tat und mit Absicht mehr als jede andere Nation auf unserem Planeten getan, um die rechtlichen Säulen des Kriegsverbots zu untergraben. Als Reaktion darauf – und mit dem ausdrücklichen Wunsch zu versuchen, die Überreste des Verbots von Angriffskriegen in der UN-Charta zu retten – gründete eine Reihe von Nationen, darunter Russland und China, die "Gruppe der Freunde zur Verteidigung der UN-Charta".

Kurz gesagt, wenn die USA den Einmarsch Russlands in die Ukraine als einen Verstoß gegen das Völkerrecht beklagen, ist das bestenfalls der eine Esel, der den anderen als Langohr beschimpft. Die Tatsache, dass die USA in dieser Hinsicht so offensichtlich heuchlerisch sind, bedeutet jedoch nicht unbedingt, dass Washington automatisch falsch liegt. Am Ende müssen wir das Verhalten Russlands an sich analysieren.

Man muss diese Diskussion damit beginnen, dass man akzeptiert, dass in der Ukraine bereits seit acht Jahren vor dem russischen Militäreinmarsch im Februar 2022 ein Krieg stattfand. Und dieser Krieg der Regierung in Kiew gegen die russischsprachige Bevölkerung des Donbass – ein Krieg, der bereits bis heute rund 14.000 Menschen das Leben gekostet hat, darunter viele Kinder, und noch vor der russischen Militäroperation rund 1,5 Millionen Menschen vertrieben hat – war wohl auch ein Völkermord. Das heißt, die Regierung in Kiew und insbesondere ihre neonazistischen Bataillone führten bewaffnete Angriffe gegen dieses Volk durch, mit der Absicht, die ethnischen Russen zumindest teilweise aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu vernichten.

Während die US-Regierung und die Medien sich bemühen, diese Tatsachen zu verschleiern, sind diese unbestreitbar und darüber wurde sogar von westlichen Mainstream-Medien berichtet, bevor es unbequem wurde, solches zu tun. So stellt ein Bericht von Reuters aus dem Jahr 2018 klar dar, wie die Neonazi-Bataillone in die offiziellen ukrainischen Militär- und Polizeikräfte integriert wurden und somit staatliche oder zumindest quasi-staatliche Akteure wurden, für die juristisch die ukrainische Regierung verantwortlich ist.

And this does not even take into account the numerous wars waged by the U.S. through proxies, for example, those by the Contras in Nicaragua, by various jihadist groups in Syria, and by Saudi Arabia and the United Arab Emirates in the currently ongoing war against Yemen.

Through these wars, the United States has in fact and intentionally done more than any other nation on the planet to undermine the legal pillars of the ban on war. In response - and with an explicit desire to try to salvage what remains of the UN Charter's prohibition on wars of aggression - a number of nations, including Russia and China, formed the "Group of Friends in Defense of the UN Charter."

In short, when the U.S. decries Russia's invasion of Ukraine as a violation of international law, that is, at best, one jackass calling the other a long-eared jackass. However, the fact that the U.S. is so obviously hypocritical in this regard does not necessarily mean that Washington is automatically wrong. In the end, we must analyze Russia's behavior per se.

You have to start this discussion by accepting that there has been a war in Ukraine for eight years before the Russian military invasion in February 2022. And this war by the government in Kiev against the Russian-speaking population of the Donbass - a war that has already cost the lives of some 14,000 people to date, including many children, and displaced some 1.5 million people even before the Russian military operation - was arguably also a genocide. That is, the government in Kiev, and in particular its neo-Nazi battalions, carried out armed attacks against this people with the intention of destroying ethnic Russians at least in part because of their ethnicity.

While the U.S. government and media go to great lengths to obscure these facts, they are undeniable and were even reported by Western mainstream media before it became inconvenient to do so. For example, a 2018 Reuters report clearly depicts how the neo-Nazi battalions were integrated into the official Ukrainian military and police forces, thus becoming state or at least quasi-state actors for which the Ukrainian government is legally responsible.

Wie im Reuters-Artikel berichtet wird, operieren in der Ukraine etwa 30 rechtsextreme Gruppen, "die formell in die ukrainischen Streitkräfte integriert wurden" und von denen "die extremeren unter diesen Gruppen eine intolerante und illiberale Ideologie vertreten".

Das heißt, sie pflegen und fördern Hass gegen ethnische Russen, gegen Völker der Roma und auch gegen Mitglieder der LGBT-Gemeinschaft, und sie leben diesen Hass aus, indem sie diese Völker und Gruppen angreifen, töten und vertreiben.

Der Artikel zitiert die westliche Menschenrechtsgruppe Freedom House mit der Aussage, dass "eine Zunahme des patriotischen Diskurses, der die Ukraine in ihrem Konflikt mit Russland unterstützt, mit einer offensichtlichen Zunahme sowohl öffentlicher Hassreden einhergeht, manchmal durch Offizielle, aber auch in den Medien sowie mit Gewalt gegenüber schutzbedürftigen Gruppen wie der LGBT-Gemeinschaft".

All dies wurde von tatsächlicher Gewalt begleitet. Zum Beispiel "haben Asow und andere Milizen antifaschistische Demonstrationen, Stadtratssitzungen, Medien, Kunstausstellungen, ausländische Studenten und Roma tätlich angegriffen". Wie Newsweek bereits 2014 schrieb, hatte auch Amnesty International einen Bericht über dieselben extremistischen Hassgruppen und ihre begleitenden gewalttätigen Aktivitäten vorgelegt.

Es ist genau diese Art von Beweisen – öffentliche Hassreden in Kombination mit groß angelegten, systematischen Angriffen auf die Ziele der Hassreden –, die beigezogen wurden, um Personen wegen eines Völkermords zu verurteilen, beispielsweise im Fall des Völkermords in Ruanda gegen Jean-Paul Akayesu.

Hinzu kommt, dass weit über 500.000 Einwohner der Donbass-Region in der Ukraine auch russische Staatsbürger sind. Diese Schätzung wurde im April 2021 vorgenommen, nachdem das Dekret von Wladimir Putin aus dem Jahr 2019 den Prozess der Erlangung der russischen Staatsbürgerschaft für Einwohner der Volksrepubliken Donezk und Lugansk vereinfacht hatte.

Das bedeutet, dass russische Staatsbürger rassistischen und gewalttätigen Angriffen durch Neonazi-Gruppen ausgesetzt waren, die in die Behörden der Ukraine integriert sind – und das direkt an der Grenze zu Russland.

As reported in the Reuters article, there are about 30 far-right groups operating in Ukraine "that have been formally integrated into the Ukrainian armed forces" and of which "the more extreme among these groups espouse an intolerant and illiberal ideology."

That is, they nurture and promote hatred against ethnic Russians, against Roma peoples, and also against members of the LGBT community, and they live out that hatred by attacking, killing, and expelling those peoples and groups.

The article quotes the Western human rights group Freedom House as saying that "a rise in patriotic discourse supporting Ukraine in its conflict with Russia has been accompanied by an apparent increase in both public hate speech, sometimes by officials but also in the media, as well as violence against vulnerable groups such as the LGBT community."

All of this has been accompanied by actual violence. For example, "Azov and other militias have physically attacked anti-fascist demonstrations, city council meetings, media, art exhibitions, foreign students, and Roma." As Newsweek wrote back in 2014, Amnesty International had also produced a report on the same extremist hate groups and their accompanying violent activities.

It is precisely this type of evidence-public hate speech combined with large-scale, systematic attacks on the targets of hate speech-that has been invoked to convict individuals of genocide, for example, in the Rwandan genocide case against Jean-Paul Akayesu.

In addition, well over 500,000 residents of the Donbass region of Ukraine are also Russian citizens. This estimate was made in April 2021, after Vladimir Putin's 2019 decree simplified the process of obtaining Russian citizenship for residents of the Donetsk and Lugansk People's Republics

. This means that Russian citizens have been subjected to racist and violent attacks by neo-Nazi groups integrated into the authorities of Ukraine - and right on the border with Russia.

Und falls sich Russland über die Absichten der ukrainischen Regierung, bezüglich der russischen Ethnien im Donbass, nicht im Klaren gewesen sein mag, verabschiedete Kiew 2019 neue Sprachgesetze, die deutlich machten, dass Russischsprachige bestenfalls Bürger zweiter Klasse sein werden.

Tatsächlich äußerte die normalerweise prowestliche Human Rights Watch (HRW) Besorgnis über diese Gesetze. Wie HRW Anfang 2022 in einem Bericht darlegte, der in den westlichen Medien kaum Beachtung fand, hat die Regierung in Kiew ein Gesetz verabschiedet, das "in der Ukraine registrierte Printmedien dazu verpflichtet, auf Ukrainisch zu veröffentlichen. Veröffentlichungen in anderen Sprachen ist zusätzlich eine nach Inhalt, Umfang und Druckart gleichwertige ukrainische Fassung beizufügen. Darüber hinaus müssen Vertriebsstellen wie Zeitungskioske mindestens die Hälfte ihres Angebots auf Ukrainisch anbieten".

Und so, laut dem Bericht von HRW, "macht Artikel 25 in Bezug auf Printmedien Ausnahmen für bestimmte Minderheitensprachen, für Englisch und alle offizielle EU-Sprachen, nicht aber für Russisch", wobei die Begründung dafür "das Jahrhundert der Unterdrückung des Ukrainischen zugunsten des Russischen" sei. Wie HRW weiter erklärte, "gibt es Bedenken darüber, ob die Garantien für Minderheitensprachen ausreichend sind". Die Venedig-Kommission, das oberste Beratungsgremium des Europarates in Verfassungsfragen, kam zum Schluss, dass mehrere Artikel des Gesetzes, einschließlich Artikel 25, "kein faires Gleichgewicht gefunden haben zwischen der Förderung der ukrainischen Sprache und dem Schutz der sprachlichen Rechte von Minderheiten". Mit einer solchen Gesetzgebung unterstrich die ukrainische Regierung nur den Wunsch, die Kultur, wenn nicht sogar die Existenz der ethnischen Russen in der Ukraine zu zerstören.

Darüber hinaus, wie die Organisation für Weltfrieden im Jahr 2021 berichtete, "hat sich die Ukraine gemäß dem Erlass Nr. 117/2021 verpflichtet, alle Optionen in Betracht zu ziehen, um die Kontrolle über die von Russland annektierte Region Krim zurückzugewinnen. Mit der Unterzeichnung dieses Erlasses am 24. März 2021 hat Präsident Selenskij das Land verpflichtet, Strategien zu verfolgen, mit denen Maßnahmen vorbereitet und umgesetzt werden sollen, um die 'Okkupation der Krim' und die 'Wiedereingliederung der Halbinsel in den ukrainischen Staat' sicherzustellen".

And in case Russia may not have been clear about the Ukrainian government's intentions, regarding Russian ethnic groups in the Donbass, Kiev passed new language laws in 2019 that made it clear that Russian speakers will be second-class citizens at best.

Indeed, the normally pro-Western Human Rights Watch (HRW) expressed concern about these laws. As HRW pointed out in a report in early 2022 that received little attention in the Western media, the government in Kyiv passed a law that "requires print media registered in Ukraine to publish in Ukrainian. Publications in other languages must also be accompanied by a Ukrainian version that is equivalent in terms of content, volume, and type of printing. In addition, distribution outlets such as newsstands must provide at least half of their offerings in Ukrainian."

And so, according to HRW's report, "with respect to print media, Article 25 makes exceptions for certain minority languages, for English and all official EU languages, but not for Russian," the justification being "the century of suppression of Ukrainian in favor of Russian." As HRW further explained, "there are concerns about whether the guarantees for minority languages are sufficient." The Venice Commission, the Council of Europe's top advisory body on constitutional issues, concluded that several articles of the law, including Article 25, "did not strike a fair balance between promoting the Ukrainian language and protecting the linguistic rights of minorities." With such legislation, the Ukrainian government only underscored its desire to destroy the culture, if not the very existence, of ethnic Russians in Ukraine.

In addition, as reported by the Organization of World Peace in 2021, "Ukraine has committed itself under Decree No. 117/2021 to consider all options to regain control over the Crimea region annexed by Russia. By signing this decree on March 24, 2021, President Selensky committed the country to pursue strategies to prepare and implement measures to ensure the 'occupation of Crimea' and the 'reintegration of the peninsula into the Ukrainian state.'"

Angesichts der Tatsache, dass die Bewohner der Krim, von denen die meisten ethnische Russen sind, mit dem derzeitigen Stand der Dinge unter der russischen Regierung mehr als zufrieden sind – dies entsprechend auch einem Bericht der Washington Post aus dem Jahr 2020 –, waren die Drohungen von Selenskiy in dieser Hinsicht nicht nur eine Drohung gegen Russland selbst, sondern auch eine Drohung mit potenziell massivem Blutvergießen gegen ein Volk, das nicht in die Ukraine zurückkehren will.

Ohne Weiteres stellt diese Situation ein viel zwingenderes Argument dar, um eine russische Intervention unter der Doktrin der "Response to Protect" (R2P) – der Verantwortung zum Schutz – zu rechtfertigen, die von westlichen "Humanisten" wie Hillary Clinton, Samantha Power und Susan Rice befürwortet wurde und auf die man sich stützte, um die NATO-Interventionen in Ländern wie dem ehemaligen Jugoslawien und Libyen zu rechtfertigen.

Und außerdem konnte keiner der an diesen Interventionen beteiligten Staaten irgendwelche Ansprüche auf Selbstverteidigung geltend machen. Dies gilt insbesondere für die Vereinigten Staaten, die Streitkräfte Tausende von Kilometern entsenden, um Bomben auf weit entfernte Länder zu werfen.

Dies erinnert in der Tat an die Worte des großen palästinensischen Intellektuellen Edward Said, der vor Jahren in seinem einflussreichen Werk "Kultur und Imperialismus" schrieb, dass es einfach unfair sei zu versuchen, die Bildung des russischen Imperiums mit jener des Westens zu vergleichen. Wie Dr. Said erklärte, "erwarb Russland seine imperialen Territorien fast ausschließlich durch Angrenzen.

Im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich, die Tausende von Meilen über ihre eigenen Territorien hinaus auf andere Kontinente vordrangen, schluckte das russische Imperium alle Territorien oder Völker, die sich jeweils an seinen Grenzen befanden.

Aber im Falle von Großbritannien und Frankreich beschworen die schiereren Entfernungen zu den attraktiven Ländereien eine Projektion weitreichender Interessen herauf". Diese Feststellung trifft in doppelter Hinsicht auf die Vereinigten Staaten zu.

Dennoch gibt es in Bezug auf Russlands Rechtfertigungen für seine militärische Intervention weit mehr zu beachten.

Given that the residents of Crimea, most of whom are ethnic Russians, are more than satisfied with the current state of affairs under the Russian government - this according to a 2020 Washington Post report - Selensky's threats in this regard were not only a threat against Russia itself, but also a threat of potentially massive bloodshed against a people who do not want to return to Ukraine.

Without further ado, this situation presents a much more compelling argument to justify Russian intervention under the doctrine of Response to Protect (R2P) - the responsibility to protect - which has been advocated by Western "humanitarians" such as Hillary Clinton, Samantha Power, and Susan Rice and relied upon to justify NATO interventions in countries such as the former Yugoslavia and Libya.

And furthermore, none of the states involved in these interventions could make any claims of self-defense. This is especially true of the United States, which deploys forces thousands of miles away to drop bombs on far-flung countries.

This is indeed reminiscent of the words of the great Palestinian intellectual Edward Said, who wrote years ago in his influential work "Culture and Imperialism" that it is simply unfair to try to compare the formation of the Russian empire with that of the West. As Dr. Said explained, "Russia acquired its imperial territories almost entirely by contiguity.

Unlike Britain and France, which penetrated thousands of miles beyond their own territories to other continents, the Russian Empire swallowed up all the territories or peoples that were on its borders at any given time.

But in the case of Britain and France, the sheer distances to attractive lands conjured up a projection of far-reaching interests." This observation is doubly true of the United States.

Yet, there is far more to consider regarding Russia's justifications for its military intervention.

Nicht nur halten sich an seinen Grenzen radikale Gruppen auf, die ethnische Russen, einschließlich russischer Staatsbürger, angreifen, sondern diese Gruppen wurden Berichten zufolge auch von den Vereinigten Staaten mit der Absicht finanziert und ausgebildet, um die territoriale Integrität Russlands selbst zu destabilisieren und zu untergraben.

Wie "Yahoo News!" in einem Artikel vom Januar 2022 erklärt:

"Laut fünf ehemaligen Geheimdienst- und nationalen Sicherheitsbeamten, die mit der Initiative vertraut sind, beaufsichtigt die CIA in den USA ein geheimes, intensives Trainingsprogramm für ukrainische Elite-Spezialeinheiten und anderes Geheimdienstpersonal. Das Programm, das 2015 begann, findet laut einigen dieser Beamten auf einer nicht näher genannten Einrichtung im Süden der USA statt."

"Das Programm beinhaltet 'ein sehr spezifisches Training, mit denen die Fähigkeiten der Ukrainer verbessert werden, sich gegen die Russen zu wehren', sagte ein ehemaliger hochrangiger Geheimdienstmitarbeiter."

"Das Training, das 'taktische Sachen beinhaltet, wird ziemlich offensiv aussehen, wenn die Russen in die Ukraine einmarschieren', sagte der ehemalige Beamte."

"Eine Person, die mit dem Programm vertraut ist, drückte es unverblümt aus. 'Die Vereinigten Staaten trainieren dort Techniken für einen Aufstand', sagte ein ehemaliger CIA-Beamter und fügte hinzu, dass das Programm den Ukrainern beigebracht habe, Russen zu töten."

Um jeden Zweifel auszuräumen, dass die Destabilisierung von Russland selbst das Ziel der USA bei diesen Bemühungen ist, sollte man den sehr aufschlussreichen Bericht aus dem Jahr 2019 der Rand Corporation lesen – eines etablierten Rüstungsunternehmens, das die USA in Bezug auf die Umsetzung ihrer politischen Ziele berät. In diesem Bericht mit dem Titel *"Russland überdehnen und aus dem Gleichgewicht bringen, Bewertung der Auswirkungen Kosten verursachender Optionen"* ist unter den vielen aufgeführten Maßnahmen jene, "der Ukraine schwere Waffen zu liefern, um Russlands größte externe Verwundbarkeit auszunutzen".

Kurz gesagt, es besteht kein Zweifel, dass Russland von den USA, der NATO und ihren extremistischen Stellvertretern in der Ukraine auf ziemlich tiefgreifende Weise mit konkreten, destabilisierenden Bemühungen bedroht wurde.

Not only do radical groups reside on its borders and attack ethnic Russians, including Russian citizens, but these groups have reportedly been funded and trained by the United States with the intent to destabilize and undermine the territorial integrity of Russia itself.

As "Yahoo News!" explains in a January 2022 article:

"According to five former intelligence and national security officials familiar with the initiative, the CIA is overseeing a secret, intensive training program in the U.S. for elite Ukrainian special forces and other intelligence personnel. The program, which began in 2015, is taking place at an undisclosed facility in the southern United States, according to some of these officials."

"The program includes 'very specific training that will improve the capabilities of Ukrainians to defend themselves against the Russians,' said a former senior intelligence official."

"The training, which includes 'tactical stuff, will look pretty offensive when the Russians invade Ukraine,' the former official said."

"One person familiar with the program put it more bluntly. 'The United States is training techniques for an insurgency there,' said a former CIA official, adding that the program has taught Ukrainians to kill Russians."

To remove any doubt that destabilizing Russia itself is the U.S. goal in this effort, one should read the very revealing 2019 report by the Rand Corporation - an established defense contractor that advises the U.S. on how to achieve its policy goals. In this report, titled *"Overextending and Unbalancing Russia, Assessing the Impact of Cost-Imposing Options"*, among the many measures listed is that of "providing heavy weapons to Ukraine to exploit Russia's greatest external vulnerabilities."

In short, there is no doubt that Russia has been threatened by the U.S., NATO, and their extremist proxies in Ukraine in a fairly profound way with concrete, destabilizing efforts.

Russland ist seit vollen acht Jahren auf diese Weise bedroht. Und Russland hat miterlebt, was solche destabilisierenden Bemühungen für andere Länder bedeutet haben, vom Irak über Afghanistan, Syrien bis Libyen – mit anderen Worten, eine fast vollständige Vernichtung des Landes als funktionierender Nationalstaat.

Es ist schwer, sich einen dringenderen Fall vorzustellen, um für die Notwendigkeit zur Verteidigung der Nation zu handeln. Während die UN-Charta einseitige Kriegshandlungen verbietet, sieht sie in Artikel 51 auch vor, dass "nichts in dieser Charta das inhärente Recht auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung beeinträchtigt".

Und dieses Recht auf Selbstverteidigung wurde so ausgelegt, dass es den Staaten erlaubt, nicht nur auf tatsächliche bewaffnete Angriffe, sondern auch auf die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Angriffs zu reagieren.

In Anbetracht des oben Stehenden bin ich der Meinung, dass dieses Recht im vorliegenden Fall zum Tragen kam und dass Russland das Recht hatte, zu seiner eigenen Selbstverteidigung zu handeln, indem es in der Ukraine intervenierte, die ihrerseits zu einem Stellvertreter der USA und der NATO geworden war, für einen Angriff – nicht nur auf russische Ethnien in der Ukraine, sondern auch auf Russland selbst. Eine gegenteilige Schlussfolgerung würde die düsteren Realitäten, mit denen Russland konfrontiert ist, einfach ignorieren.

Daniel Kovalik lehrt Internationale Menschenrechte an der University of Pittsburgh und ist Autor des kürzlich erschienenen Buches "How the West Violates International Law by Using 'Humanitarian' Intervention to Advance Economic and Strategic Interests".

Russia has been threatened in this way for a full eight years. And Russia has witnessed what such destabilizing efforts have meant for other countries, from Iraq to Afghanistan to Syria to Libya - in other words, an almost complete destruction of the country as a functioning nation-state.

It is hard to imagine a more urgent case for the need to act in defense of the nation. While the UN Charter prohibits unilateral acts of war, it also provides in Article 51 that "nothing in this Charter shall prejudice the inherent right of individual or collective self-defense."

And this right of self-defense has been interpreted to allow states to respond not only to actual armed attacks, but also to the threat of imminent attack.

In light of the above, I believe that this right came into play in the present case and that Russia had the right to act in its own self-defense by intervening in Ukraine, which itself had become a proxy for the U.S. and NATO, for an attack-not only on Russian ethnic groups in Ukraine, but also on Russia itself. To conclude otherwise would simply ignore the grim realities facing Russia.

Daniel Kovalik teaches International Human Rights at the University of Pittsburgh and is the author of the recently published book, "How the West Violates International Law by Using 'Humanitarian' Intervention to Advance Economic and Strategic Interests."